

Antrag an die Parteikonferenz der KPÖ zu EU-Wahlen und zur Gründung einer Europäischen Linkspartei

**Gegen den EU-Verfassungsentwurf,
Für das Menschenrecht auf Bildung kämpfen!**

Die KPÖ als Teil der weltweiten Vernetzung in den Sozialforen wird sich wie bisher auf nationaler Ebene auch in der Europäischen Linkspartei für die Sicherung und den Ausbau des öffentlichen Bildungswesens einsetzen - zur Wahrung des Rechtes aller Menschen auf bestmögliche Bildung.

Dieses Recht umfasst den unentgeltlichen Schulbesuch und den unentgeltlichen Zugang zu Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten. Bildung ist keine Ware. Bildungseinrichtungen keine profitorientierten Dienstleistungsbetriebe. Nur ein demokratisch verfasstes öffentliches Schulwesen kann allen EinwohnerInnen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Einkommen das Recht auf Bildung sichern.

Die KPÖ lehnt den EU-Verfassungsentwurf des EU-Konvents ab. Auch der Artikel 14 zum Recht auf Bildung zeigt, dass die Interessen der ArbeiterInnen, Angestellten, öffentlich Bediensteten, der MigrantInnen, der Arbeitslosen und ihrer Kinder von den Betreibern dieses Verfassungsentwurfes gering geschätzt werden.

„Artikel 14 - Recht auf Bildung

Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur beruflichen Ausbildung und Weiterbildung. Dieses Recht umfasst die Möglichkeit, unentgeltlich am Pflichtschulunterricht teilzunehmen. Die Freiheit zur Gründung von Lehranstalten unter Achtung der demokratischen Grundsätze sowie das Recht der Eltern, die Erziehung und den Unterricht ihrer Kinder entsprechend ihren eigenen religiösen, weltanschaulichen und erzieherischen Überzeugungen sicherzustellen, werden nach den einzelstaatlichen Gesetzen geachtet, welche ihre Ausübung regeln.“

Festgeschrieben werden in diesem Artikel 14 vor allem die Interessen der sozial und wirtschaftlich Stärkeren und die auf Privatisierung des Bildungswesens und auf die private Aneignung öffentlicher Mittel abzielenden Kapitalgruppen. Die Zurückweisung der geplanten EU-Verfassungsentwurfes und seines Artikel 14 ist ein Beitrag zum aktuellen, weltweit geführten Kampf gegen die Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Sozial- und Bildungssysteme durch WTO/GATTs, EU-Grünbuch 2003 und neoliberale Regierungen.

Reinhart Sellner, Lehrer+aktiver Gewerkschafter in der GÖD, KPÖ Wien 9